

Fraktion DIE LINKE./GAL im Rat der Stadt Kamen Rathausplatz 5 – 59174 Kamen

Fraktionsbüro:

Rathausplatz 1 59174 Kamen

Tel.: 02307/ 148-55 00 E-Mail: kdgrosch@gmx.de

Geschäftszeit: Do 10.00-13.00 Uhr und nach Vereinbarung

Kamen, 10.12.2015

## Rede zum Stellenplan 2016

Im Entwurf des Stellenplans 2016 wird dem Rat eine relativ große Aufstockung des Verwaltungspersonals vorgeschlagen.

Wir begrüßen das, wenn auch diese Aufstockung zum überwiegenden Teil organisatorischen Zwängen (Rettungsassistenz und Flüchtlingsbetreuung) geschuldet ist, stellt sie jedoch nur einen Kompromiss zwischen Möglichem und Nötigem dar, wenn am insbesondere an den Bereich Schulen denkt, wo jegliche Reserve bei Sekretärinnen und Hausmeistern fehlt.

Durch die zusätzlichen Stellen können einerseits ehrenamtliche Kräfte entlastet, aber auch in der Verwaltung Arbeitsverdichtung gemindert und Reserven geschaffen werden, andererseits gibt es für Hilfebedürftige nun mehr Unterstützung bei der Suche von Wohnungen und deren Einrichtung, bei der Begleitung zu Ämtern wie auch beim Einkaufen, Hilfe beim Umgang mit technischen Geräten wie auch beim gegenseitigen Verständnis und nicht zuletzt bei der Betreuung unbegleiteter Jugendlicher.

Positiv ist auch die Schaffung von Parallelstrukturen zur Verwaltung im Rahmen gemeinnütziger Vereine zu sehen, weil auf diese Weise Spendenmittel eingeworben und mit diesen zusätzliche Aufgaben gefördert werden können, die aus dem Haushalt nicht bezahlbar wären, etwa durch den Mensaverein oder FörJu. Hier gilt unser Dank dem ehemaligen Geschäftsführer Klaus Güldenhaupt und seinem Nachfolger Jürgen Dunker. Der Verein hat Vieles in der Kamener Jugendarbeit möglich gemacht. Vielleicht gilt das bald auch für Pro Mensch in der Flüchtlingsarbeit.

Ausdrücklich bejahen wir auch die Bemühungen der Stadtverwaltung, für die neu zu

besetzenden Dezernentenstellen vorrangig Frauen zu gewinnen. Wenn das gelingt kommt die Stadtverwaltung der Gendergerechtigkeit ein ganzes Stück näher.

Hingegen halten wir die geplante Verquickung von Verwaltungsaufgaben mit dem Stadthallenmanagement nicht für zielführend und schließen uns anderen Zweiflern und Kritikern an.

Offensichtlich erwartet die Verwaltung selbst diesen Erfolg nicht, denn im Produkthaushalt 2016 (S. 129) sind die für die Jahre bis 2019 Verluste in gleichbleibender Höhe von jährlich 450 000 € eingeplant, in Erwartung eines erfolgreichen Hallenmanagements aber müssten diese Zuschüsse deutlich sinken!

Nicht nachvollziehen können wir auch nicht die Begründung für die geringe Zahl neuer Ausbildungsstellen. Denn sicher wäre es möglich, in der Verwaltung und den Kommunalbetrieben auch Berufe auszubilden, die in der Wirtschaft benötigt werden, angefangen etwa bei IT-Fachkräften über kaufmännische und Büroberufe, handwerkliche Berufe, Berufe im Garten- und Landschaftsbau bis hin zu Berufen im Veranstaltungsmanagement, etwa als Fachkraft für Veranstaltungstechnik oder Veranstaltungskaufmann.

Einer langjährigen Empfehlung der SPD entsprechend sollte die Ausbildungsquote in den Betrieben bei 7 % liegen. Diese wird in der Stadtverwaltung mit 21 Auszubildenden - das sind nur gut 5 % - weit unterschritten, angemessen wären durchschnittlich 30 Auszubildende, es gibt hier also Bedarf zur Nachbesserung.

Schließlich war für uns der Hinweis im Arbeitspapier zum Stellenplan wichtig, dass im Rahmen des HSK nicht etwa jede 3. frei werdende Stelle einfach eingespart wird, sondern das nur geschieht, wenn die Aufgaben der frei werdenden Stelle durch organisatorische Maßnahmen innerhalb der Verwaltung umverteilt werden können.

Aus diesem Grund stimmen wir trotz aller Kritik an der Arbeitsverdichtung, die durch die Stellenknappheit erzeugt wird, dem Stellenplan zu.

Kein Bürger, der Fragen oder Anliegen an die Verwaltung hat, muss demnach befürchten, künftig zu hören: "Dafür haben wir niemanden mehr!"

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung danken wir für die geleistete Arbeit.

Es gilt das gesprochene Wort.

**Gunther Heuchel**